

Statuten des Vereins „ENERGIEWERKSTATT“

(Oktober 2022)

Vorwort:

Aus Unzufriedenheit mit den derzeitigen Strukturen und Praktiken der Energiepolitik haben wir uns die Aufgabe gestellt, an der Entwicklung von technischen Systemen zur Energieversorgung sowie zum Klimaschutz zu arbeiten, die den Bedürfnissen der Menschen Rechnung tragen, die einfach zu handhaben sind, deren Betrieb möglichst keine oder wenig negative Auswirkung auf die Umwelt hat, deren Rohstoffbedarf zur Herstellung und zum Betrieb möglichst gering ist, und welche entwicklungspolitisch und moralisch gegenüber anderen Nationen vertretbar sind bzw. nicht das Ungleichgewicht zwischen den Ländern der Welt fördern.

§ 1: Name, Sitz und Tätigkeitsbereich

- 1) Der Verein führt den Namen "Energiewerkstatt".
- 2) Er hat seinen Sitz in Friedburg und erstreckt seine Tätigkeit auf ganz Österreich sowie auf Europa.
- 3) Der Verein übt diese Tätigkeit unabhängig von politischen Parteien aus.
- 4) Der Verein ist nicht auf Gewinn ausgerichtet.

§ 2: Vereinszweck

Der Verein, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn gerichtet ist, bezweckt:

- 1) Erforschung, Weiterentwicklung und Förderung des Einsatzes erneuerbarer Energieformen und energiesparender Maßnahmen.
- 2) Vermittlung der erarbeiteten wissenschaftlichen Ergebnisse in Vorträgen, Seminaren und Beratungsveranstaltungen.
- 3) Umsetzung der gewonnenen Forschungsergebnisse in der Entwicklung, Konstruktion und im Vertrieb technischer Systeme zur Nutzung erneuerbarer Energieträger und zur Energieeinsparung. Betriebserfahrungen und Messdaten werden der interessierten Öffentlichkeit in regelmäßigen Abständen auf Fachveranstaltungen und Fachmessen zugänglich gemacht.
- 4) Zusammenfassung der Ergebnisse in wissenschaftlichen Publikationen und Dokumentationen, welche in Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern (wissenschaftlicher Beirat) und Experten aus den jeweiligen Fachbereichen erstellt werden.

§ 3: Mittel zur Erreichung des Vereinszwecks

- 1) Der Vereinszweck soll durch die in den Abs. 2 und 3 angeführten ideellen und materiellen Mittel erreicht werden.
- 2) Als ideelle Mittel dienen
 - a) der Aufbau der für die Erreichung der Vereinsziele notwendigen Organisationsstruktur;
 - b) die Sammlung und Verteilung von Informationen sowie die Projektierung, Planung, Organisation und Durchführung der für die Sammlung und Verteilung der Informationen erforderlichen Einrichtungen wie Datenbanken, etc.
 - c) die Veranstaltung von Vorträgen, Seminaren, Lehrfahrten oder Symposien
 - d) die Herausgabe einer Vereinszeitung und anderer Publikationen
 - e) die Zusammenarbeit mit anderen Vereinen und Organisationen aus den Bereichen erneuerbare Energien und Klimaschutz
 - f) Informations- und Aufklärungsarbeit für die Allgemeinheit sowie für Kinder und Jugendliche, Schüler und Lehrer
 - g) die Vergabe von Aufträgen an Dritte zur Durchführung der unter § 3 Punkt 1.a. bis h. vorgesehenen Tätigkeiten
 - h) Zusammenarbeit mit Vereinen ähnlicher Zielsetzung
- 3) Die erforderlichen materiellen Mittel sollen aufgebracht werden durch
 - a) Mitgliedsbeiträge
 - b) Betrieb eines technischen Büros zur Durchführung von Planungsleistungen, Energieberatung und Forschungstätigkeit
 - c) Erträge aus Veranstaltungen, vereinseigenen Unternehmungen, Veröffentlichungen
 - d) Spenden, Subventionen, Sammlungen, Sponsorleistungen, Vermächtnisse und sonstige Zuwendungen
 - e) Erträge aus dem Vereinsvermögen

§ 4: Arten der Mitgliedschaft

- 1) Mitglieder können alle physischen Personen sowie juristische Personen und rechtsfähige Personengesellschaften werden, die durch Mitarbeit in den verschiedensten Aufgabenbereichen oder lediglich durch ideelle oder materielle Unterstützung zur Erhaltung des Vereines beitragen.
- 1) Die Mitglieder gliedern sich in folgende Kategorien: Personenmitglieder, Firmenmitglieder, Studentenmitglieder. Der Vorstand kann weitere Kategorien festlegen.

§ 5: Erwerb der Mitgliedschaft

- 1) Die Mitgliedschaft wird durch Abgabe einer unterfertigten Beitrittserklärung beantragt.
- 2) Über die Aufnahme von Mitgliedern entscheidet der Vorstand. Die Aufnahme kann ohne Angabe von Gründen verweigert werden.

§ 6: Beendigung der Mitgliedschaft

- 1) Die Mitgliedschaft erlischt durch Tod, bei juristischen Personen und rechtsfähigen Personengesellschaften durch Verlust der Rechtspersönlichkeit, durch freiwilligen Austritt, Streichung und durch Ausschluss.
- 2) Der Austritt muss dem Vorstand schriftlich mitgeteilt werden und kann nur zu jedem Monatsende wirksam werden. Erfolgt die Anzeige verspätet, so ist sie erst zum nächsten Austrittstermin wirksam. Für die Rechtzeitigkeit ist das Datum der Postaufgabe maßgeblich. Die Verpflichtung zur Zahlung der fällig gewordenen Mitgliedsbeiträge bleibt hiervon unberührt.
- 3) Die Streichung eines Mitgliedes kann der Vorstand vornehmen, wenn dieses trotz zweimaliger Mahnung länger als zwei Monate mit der Zahlung der Mitgliedsbeiträge im Rückstand ist. Die Verpflichtung zur Zahlung der fällig gewordenen Mitgliedsbeiträge bleibt hiervon unberührt.
- 4) Der Ausschluss eines Mitglieds aus dem Verein kann vom Vorstand wegen grober Verletzung der Mitgliedspflichten (§ 7 Abs 5) oder wegen unehrenhaften Verhaltens verfügt werden. Im Fall der Beendigung des Arbeitsverhältnisses zum Verein kann der Vorstand über einen Ausschluss des betreffenden Mitgliedes entscheiden. Mit Erklärung des Ausschlusses erlöschen sämtliche Mitgliederrechte und allfällige Vereinsfunktionen des ausgeschlossenen Mitgliedes; Ansprüche des Vereines bleiben jedoch aufrecht.

§ 7: Rechte und Pflichten der Mitglieder

- 1) Die Mitglieder sind berechtigt, die Leistungen des Vereins zu beanspruchen und an Veranstaltungen des Vereins teilzunehmen. Das Sitz- und Stimmrecht in der Generalversammlung sowie das aktive und passive Wahlrecht stehen nur den ordentlichen Mitgliedern zu.
- 2) Mindestens ein Zehntel der ordentlichen Mitglieder kann vom Vorstand die Einberufung einer Generalversammlung verlangen.
- 3) Die Mitglieder sind in jeder Generalversammlung vom Vorstand über die Tätigkeit und finanzielle Gebarung des Vereins zu informieren. Wenn mindestens ein Fünftel der Mitglieder dies unter Angabe von Gründen verlangt, hat der Vorstand den betreffenden Mitgliedern eine solche Information auch sonst binnen vier Wochen zu geben.

- 4) Die Mitglieder sind vom Vorstand über den geprüften Rechnungsabschluss (Rechnungslegung) zu informieren. Geschieht dies in der Generalversammlung, sind die Rechnungsprüfer einzubinden.
- 5) Die Mitglieder sind verpflichtet, den Vereinszweck und die Interessen des Vereins nach Kräften zu fördern und alles zu unterlassen, wodurch das Ansehen und der Zweck des Vereins Abbruch erleiden könnte. Sie haben die Vereinsstatuten und sonstigen Vereinsregelungen und die Beschlüsse der Vereinsorgane zu befolgen. Die Mitglieder sind zur pünktlichen Zahlung der Beitrittsgebühr und der Mitgliedsbeiträge in der von der Generalversammlung beschlossenen Höhe verpflichtet.

§ 8: Vereinsorgane

Organe des Vereins sind die Generalversammlung (§§ 9 und 10), der Vorstand (§§ 11 bis 13), die Rechnungsprüfer (§ 14), das Schiedsgericht (§ 15) und die Geschäftsführung (§ 16).

§ 9: Generalversammlung

- 1) Die Generalversammlung ist die „Mitgliederversammlung“ im Sinne des Vereinsgesetzes 2002. Eine ordentliche Generalversammlung findet jährlich statt.
- 2) Eine außerordentliche Generalversammlung findet auf
 - a) Beschluss des Vorstands oder der ordentlichen Generalversammlung,
 - b) schriftlichen Antrag von mindestens einem Zehntel der Mitglieder,
 - c) Verlangen der Rechnungsprüfer (§ 21 Abs. 5 erster Satz VereinsG),
 - d) Beschluss der/eines Rechnungsprüfer/s (§ 21 Abs. 5 zweiter Satz VereinsG, § 11 Abs. 2 dritter Satz dieser Statuten),
 - e) Beschluss eines gerichtlich bestellten Kurators (§ 11 Abs. 2 letzter Satz dieser Statuten)binnen vier Wochen statt.
- 3) Sowohl zu den ordentlichen wie auch zu den außerordentlichen Generalversammlungen sind alle Mitglieder mindestens drei Wochen vor dem Termin schriftlich oder per E-Mail (an die vom Mitglied dem Verein bekanntgegebene E-Mail-Adresse) einzuladen. Die Anberaumung der Generalversammlung hat unter Angabe der Tagesordnung zu erfolgen. Die Einberufung erfolgt durch den Vorstand (Abs. 1 und Abs. 2 lit. a – c), durch die/einen Rechnungsprüfer (Abs. 2 lit. d) oder durch einen gerichtlich bestellten Kurator (Abs. 2 lit. e).
- 4) Anträge zur Generalversammlung sind mindestens sieben Tage vor dem Termin der Generalversammlung beim Vorstand schriftlich, mittels Telefax oder per E-Mail einzureichen. Wahlvorschläge für den Vorstand oder die Rechnungsprüfer sind mindestens zwei Wochen vor dem Termin der Generalversammlung schriftlich oder mittels Telefax beim Vorstand einzureichen.

- 5) Gültige Beschlüsse – ausgenommen solche über einen Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung – können nur zur Tagesordnung gefasst werden.
- 6) Bei der Generalversammlung sind alle Mitglieder teilnahmeberechtigt und stimmberechtigt. Das Stimmrecht kann nur persönlich ausgeübt werden, jedes Mitglied hat eine Stimme. Juristische Personen üben ihr Stimmrecht über einen Bevollmächtigten aus.
- 7) Die Generalversammlung ist bei Anwesenheit der Hälfte aller stimmberechtigten Mitglieder bzw. ihrer Vertreter (Abs. 6) beschlussfähig. Ist die Generalversammlung zur festgesetzten Stunde nicht beschlussfähig, so findet die Generalversammlung dreißig Minuten später mit derselben Tagesordnung statt, die ohne Rücksicht auf die Anzahl der Erschienenen beschlussfähig ist.
- 8) Die Wahlen und die Beschlussfassungen in der Generalversammlung erfolgen in der Regel mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Beschlüsse, mit denen das Statut des Vereins geändert oder der Verein aufgelöst werden soll, bedürfen jedoch einer qualifizierten Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen gültigen Stimmen.
- 9) Den Vorsitz in der Generalversammlung führt der Obmann, in dessen Verhinderung sein Stellvertreter. Wenn auch dieser verhindert ist, so führt das an Jahren älteste anwesende Vorstandsmitglied den Vorsitz.

§ 10: Aufgaben der Generalversammlung

Der Generalversammlung sind folgende Aufgaben vorbehalten:

- 1) Entgegennahme und Genehmigung des Rechenschaftsberichts und des Rechnungsabschlusses unter Einbindung der Rechnungsprüfer
- 2) Bestellung und Enthebung der Mitglieder des Vorstands und der Rechnungsprüfer
- 3) Genehmigung von Rechtsgeschäften zwischen Rechnungsprüfern und Verein
- 4) Entlastung des Vorstands
- 5) Festsetzung der Höhe der Beitrittsgebühr und der Mitgliedsbeiträge für ordentliche Mitglieder
- 6) Beschlussfassung über die Geschäftsordnung und Befugnisse der Geschäftsführung
- 7) Beschlussfassung über Statutenänderungen und die freiwillige Auflösung des Vereins
- 8) Beratung und Beschlussfassung über sonstige auf der Tagesordnung stehende Fragen

§ 11: Vorstand

- 1) Der Vorstand besteht aus Obmann und Stellvertreter, Schriftführer, Kassier und Stellvertreter und weiteren Mitgliedern, insgesamt jedoch mindestens sechs aber höchstens aus acht Mitgliedern. Es können maximal drei ArbeitnehmerInnen des Vereins als Vorstandsmitglied für eine Funktionsperiode gewählt werden. ArbeitnehmerInnen des Vereins dürfen während ihres aufrechten Arbeitsverhältnisses nicht die Funktionen Obmann oder Kassier übernehmen.

- 2) Der Vorstand wird von der Generalversammlung gewählt. Wahlvorschläge für den Vorstand sind nur gültig, wenn sie rechtzeitig beim Vorstand eingereicht worden sind (vgl. § 9 Abs. 4). Fällt der Vorstand überhaupt oder auf unvorhersehbar lange Zeit aus, so ist jeder Rechnungsprüfer verpflichtet, unverzüglich eine außerordentliche Generalversammlung zum Zweck der Neuwahl eines Vorstands einzuberufen. Sollten auch die Rechnungsprüfer handlungsunfähig sein, hat jedes ordentliche Mitglied, das die Notsituation erkennt, unverzüglich die Bestellung eines Kurators beim zuständigen Gericht zu beantragen, der umgehend eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen hat.
- 3) Die Funktionsperiode des Vorstands oder eines Vorstandsmitgliedes beträgt drei Jahre. Eine Wiederwahl des Vorstandes oder eines Vorstandsmitgliedes ist möglich, wobei maximal drei aufeinanderfolgende Funktionsperioden zulässig sind. Jede Funktion im Vorstand ist persönlich auszuüben.
- 4) Der Vorstand wird vom Obmann, bei Verhinderung von seinem Stellvertreter, schriftlich oder mündlich einberufen. Ist auch dieser auf unvorhersehbar lange Zeit verhindert, darf jedes sonstige Vorstandsmitglied den Vorstand einberufen.
- 5) Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn alle seine Mitglieder eingeladen wurden und mindestens ein Drittel der Vorstandsmitglieder sowie der Obmann oder dessen Stellvertreter anwesend sind. Die Stimmrechtsübertragung an ein anderes Vorstandsmitglied ist schriftlich oder per E-Mail zulässig. Eine Beschlussfassung ist auch außerhalb einer Vorstandssitzung im Umlaufverfahren (schriftlich oder per E-Mail) möglich.
- 6) Der Vorstand fasst seine Beschlüsse mit Zweidrittelmehrheit; bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.
- 7) Den Vorsitz führt der Obmann, bei Verhinderung sein Stellvertreter. Ist auch dieser verhindert, obliegt der Vorsitz dem an Jahren ältesten anwesenden Vorstandsmitglied oder jenem Vorstandsmitglied, das die übrigen Vorstandsmitglieder mehrheitlich dazu bestimmen.
- 8) Außer durch den Tod und Ablauf der Funktionsperiode (Abs. 3) erlischt die Funktion eines Vorstandsmitglieds durch Enthebung (Abs. 9) und Rücktritt (Abs. 10).
- 9) Die Generalversammlung kann jederzeit den gesamten Vorstand oder einzelne Vorstandsmitglieder entheben. Die Enthebung tritt mit Bestellung des neuen Vorstands bzw. Vorstandsmitglieds in Kraft.
- 10) Die Vorstandsmitglieder können jederzeit schriftlich ihren Rücktritt erklären. Die Rücktrittserklärung ist an den Vorstand, im Falle des Rücktritts des gesamten Vorstands an die Generalversammlung zu richten. Der Rücktritt wird erst mit Wahl eines Nachfolgers wirksam.

§ 12: Aufgaben des Vorstands

Dem Vorstand obliegt die Leitung des Vereins. Ihm kommen alle Aufgaben zu, die nicht durch die Statuten einem anderen Vereinsorgan zugewiesen sind. Der Vorstand kann einzelne Aufgaben an die Geschäftsführung delegieren (siehe §16). In seinen Wirkungsbereich fallen insbesondere folgende Angelegenheiten:

- 1) Einrichtung eines den Anforderungen des Vereins entsprechenden Rechnungswesens mit laufender Aufzeichnung der Einnahmen/Ausgaben und Führung eines Vermögensverzeichnisses als Mindestanforderung
- 2) Erstellung des Jahresvoranschlags, des Rechenschaftsberichts und des Rechnungsabschlusses
- 3) Vorbereitung und Einberufung der Generalversammlung in den Fällen des § 9 Abs. 1 und Abs. 2 lit. a – c dieser Statuten
- 4) Information der Vereinsmitglieder über die Vereinstätigkeit, die Vereinsgebarung und den geprüften Rechnungsabschluss
- 5) Verwaltung des Vereinsvermögens
- 6) Aufnahme und Ausschluss von Vereinsmitgliedern
- 7) Aufnahme und Kündigung von Angestellten des Vereins
- 8) Auswahl und Bestellung der Geschäftsführung
- 9) Vorbereitung der Beschlüsse der Generalversammlung

§ 13: Besondere Obliegenheiten einzelner Vorstandsmitglieder

- 1) Der Obmann führt die laufenden Geschäfte des Vereins. Der Schriftführer unterstützt den Obmann bei der Führung der Vereinsgeschäfte.
- 2) Der Obmann vertritt den Verein nach außen. Schriftliche Ausfertigungen des Vereins bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Unterschriften des Obmanns und des Schriftführers, in Geld- und Finanzangelegenheiten (Vermögenswerte Dispositionen) des Obmanns und des Kassiers.
- 3) Rechtsgeschäfte zwischen Vorstandsmitgliedern und dem Verein bedürfen der vorhergehenden schriftlichen Zustimmung des Vorstandes.
- 4) Rechtsgeschäftliche Bevollmächtigungen, den Verein nach außen zu vertreten bzw. für ihn zu zeichnen, können ausschließlich von den in Abs. 2 genannten Vorstandsmitgliedern erteilt werden.
- 5) Bei Gefahr im Verzug ist der Obmann berechtigt, auch in Angelegenheiten, die in den Wirkungsbereich der Generalversammlung oder des gesamten Vorstands fallen, unter eigener Verantwortung selbständig Anordnungen zu treffen; im Innenverhältnis bedürfen diese jedoch der nachträglichen Genehmigung durch das zuständige Vereinsorgan.
- 6) Der Obmann führt den Vorsitz in der Generalversammlung und im Vorstand.

- 7) Der Schriftführer übernimmt die Erstellung von Einladungen mit Tagesordnung, Protokolle der Generalversammlung und des Vorstands sowie die ordnungsgemäße Dokumentenablage.
- 8) Der Kassier ist für die ordnungsgemäße Geldgebarung und Finanzplanung des Vereins verantwortlich.
- 9) Im Fall der Verhinderung treten an die Stelle des Obmanns, der gewählte Stellvertreter.
- 10) Die Vorstandsmitglieder können einzelne Aufgaben an die Geschäftsführung (siehe §16) delegieren.

§ 14: Rechnungsprüfer

- 1) Zwei Rechnungsprüfer werden von der Generalversammlung auf die Dauer von einem Jahr gewählt. Wahlvorschläge sind nur gültig, wenn sie rechtzeitig beim Vorstand eingereicht worden sind (vgl. § 9 Abs. 4). Wiederwahl ist möglich. Die Rechnungsprüfer dürfen keinem Organ – mit Ausnahme der Generalversammlung – angehören, dessen Tätigkeit Gegenstand der Prüfung ist.
- 2) Den Rechnungsprüfern obliegen die laufende Geschäftskontrolle sowie die Prüfung der Finanzgebarung des Vereins im Hinblick auf die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung und die statutengemäße Verwendung der Mittel. Der Vorstand hat den Rechnungsprüfern die erforderlichen Unterlagen vorzulegen und die erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Die Rechnungsprüfer haben dem Vorstand über das Ergebnis der Prüfung zu berichten.
- 3) Rechtsgeschäfte zwischen Rechnungsprüfern und Verein bedürfen der Genehmigung durch die Generalversammlung. Im Übrigen gelten für die Rechnungsprüfer die Bestimmungen des § 11 Abs. 8 bis 10 sinngemäß.

§ 15: Schiedsgericht

- 1) Zur Schlichtung von allen aus dem Vereinsverhältnis entstehenden Streitigkeiten ist das vereinsinterne Schiedsgericht berufen. Es ist eine „Schlichtungseinrichtung“ im Sinne des Vereinsgesetzes 2002 und kein Schiedsgericht nach den §§ 577 ff ZPO.
- 2) Das Schiedsgericht setzt sich aus fünf Vereinsmitgliedern zusammen. Es wird derart gebildet, dass jeder Streitteil innerhalb von sieben Tagen dem Vorstand zwei Mitglieder als Schiedsrichter namhaft macht. Diese wählen mit Stimmenmehrheit den Vorsitzenden des Schiedsgerichtes. Bei Stimmengleichheit entscheidet unter den Vorgeschlagenen das Los.
- 3) Das Schiedsgericht fällt seine Entscheidung nach Gewährung beiderseitigen Gehörs bei Anwesenheit aller seiner Mitglieder mit einfacher Stimmenmehrheit. Es entscheidet nach bestem Wissen und Gewissen. Seine Entscheidungen sind vereinsintern endgültig.

§ 16: Die Geschäftsführung des Vereins

- 1) Der Vorstand kann eine Geschäftsführung bestellen, deren Geschäftsordnung und Befugnisse vom Vorstand bestimmt und von der Generalversammlung beschlossen werden.
- 2) Die Repräsentanten der Geschäftsführung sind Angestellte des Vereines.
- 3) Die Geschäftsführung hat das Büro zu leiten und ist für die Abwicklung der laufenden Geschäfte des Vereines gemäß den Weisungen des Vorstandes verantwortlich. Ihre Repräsentanten sind entsprechend der jeweils geltenden Geschäftsordnung sowie Befugnisregelung zeichnungsberechtigt.
- 4) Gemeinsam mit dem Obmann vertritt die Geschäftsführung den Verein nach außen.
- 5) Geschäftsführer können nicht gleichzeitig Mitglied des Vorstandes sein.

§ 17: Freiwillige Auflösung des Vereins

- 1) Die freiwillige Auflösung des Vereins kann nur in einer Generalversammlung und nur mit Zweidrittelmehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen beschlossen werden.
- 2) Der letzte Vereinsvorstand hat die freiwillige Auflösung der Vereinsbehörde schriftlich anzuzeigen und ist verpflichtet, die freiwillige Auflösung in einem amtlichen Blatt zu verlautbaren.
- 3) Das im Falle der Auflösung oder bei Wegfall des begünstigten Vereinszweckes allenfalls vorhandene Vereinsvermögen darf in keiner wie auch immer gearteten Form den Vereinsmitgliedern zugutekommen, sondern ist ausschließlich zur Gänze für gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke im Sinne der §§ 34 ff BAO zu verwenden.

§ 18: Gender Disclaimer

Es wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit das generische Maskulinum verwendet. Die in diesen Statuten gewählte männliche Form bezieht sich immer zugleich auf weibliche, männliche und diverse Personen.